

Ressort: Politik

Union streitet über Richtungswechsel zur "Homo-Ehe"

Berlin, 25.02.2013, 02:18 Uhr

GDN - In der Union wächst der Widerstand gegen eine mögliche Ausweitung des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Ehepaare, wie es Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) öffentlich angedeutet hatte. Die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Katherina Reiche (CDU) sagte der "Bild-Zeitung" (Montagausgabe): "Eine Familie zu gründen, ist so aktuell wie eh und je. Ich würde mich freuen, wenn mit der gleichen Leidenschaft, die eine kleine Gruppe gleichgeschlechtlich orientierter Aktivisten an den Tag legt, in der Union dafür gestritten würde, wie Familien ihren alltäglichen Drahtseilakt besser bewältigen können. Von den 21 Millionen Paaren in Deutschland sind 88 Prozent verheiratet, 92 Prozent aller Eltern sind verheiratet. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es sich auch in Zukunft lohnt, für diese Menschen Politik zu machen."

Auch Armin Laschet, CDU-Landeschef in im mitgliederstärksten Landesverband NRW will kein Ehegattensplitting für gleichgeschlechtliche Paare. Laschet sagte der Zeitung: "Der Staat sollte Kinder fördern und nicht Lebensformen, deshalb muss aus dem Ehegattensplitting ein Familiensplitting werden." Massiver Widerstand kommt auch vom konservativen Berliner Kreis der Union. Christean Wagner, CDU-Fraktionschef in Hessen und Mitglied im Berliner Kreis, sagte dem Blatt: "Es ist und bleibt unumstößliche Linie der Union, dass wir Homo-Partnerschaften tolerieren. Deshalb akzeptieren wir auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, unabhängig davon, ob wir es für richtig halten. Es überrascht mich aber schon sehr, dass zwei Monate nach dem Beschluss des CDU-Parteitags in Hannover zum Ehegattensplitting die Fraktionsspitze in Berlin offenbar einen radikalen Schwenk vollziehen will. Diesen werde ich nicht mittragen. Ehe und Familie stehen unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. Deshalb ist vorauseilender Gehorsam vor dem Bundesverfassungsgericht auf der Basis von Vermutungen nicht der Politikstil der Union."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-8659/union-streitet-ueber-richtungswechsel-zur-homo-ehe.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com